

de + ÖTV-Tarifrunde + ÖTV-Tarifrunde + ÖTV-Tarifrun

6 % - schon ein Kompromiß ...

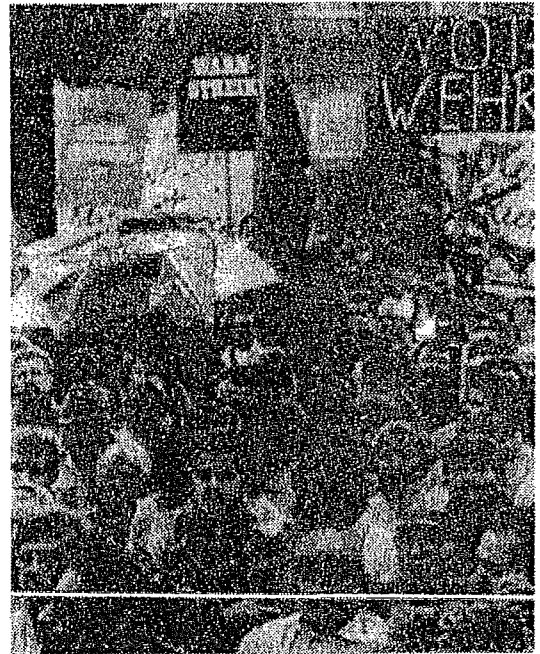
... alles drunter ist Beschiß. 6 Prozent mehr Lohn, soziale Komponente, für Azubis 100 Mark mehr und 6-monatige Übernahme-garantie, Einführung der Alters- und Hinterbliebenenversorgung in Ostdeutschland, Laufzeit von 12 Monaten. Das ist das Forderungs-paket der ÖTV für 1995.

Die Große Tarifkommission übergeht damit die in vielen Betrie-ben und auf Vertrauensleute- und Funktionärskonferenzen gestellten Festgeldforderungen zwischen 250 und 400 Mark. Es gibt nicht einmal eine Zahl für die „soziale Komponente“. Sie sei Gegenstand der Verhandlungen.

Damit setzt sich die Führung auch über den Beschluß des letzten ÖTV-Kongresses hinweg: staatliche Umverteilung über Lohnerhö-hungen zurückzuholen. Bei einem ledigen Durchschnittsverdiener im öffentlichen Dienst reichen 6 Prozent nicht aus, um Inflationsra-te, erhöhte Steuern, Abgaben und gestrichenen Feiertag auszuglei-chen. Und das nach drei Jahren Reallohnverlusten in denen gleich-zeitig der Arbeitsdruck enorm gestiegen ist.

Jetzt muß von der Basis her Druck gemacht werden, daß die Forderungen voll durchgesetzt werden. *(weiter auf der Rückseite)*

- ★ **Volle Durchsetzung der aufgestellten Forderung**
- ★ **500 Mark mehr im Monat für alle als soziale Kompo-nen-te**
- ★ **Ablehnung aller von den Arbeitgebern geforderten Ver-schlechterungen**
- ★ **Keine Lohnab-striche bei neu Ein-zustellenden**
- ★ **Keine Arbeitszeit-**
- korridore in die Tarif-verträge**
- ★ **Kein Lohnverzicht bei Arbeitszeitverkür-zung**
- ★ **Keine Privatisierung**
- ★ **Voller Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft bis hin zu bundesweitem Voll-streik**
- ★ **Demokratische Dis-kussion und Entschei-dung über alle Kampfschritte**



Warnstreiks in Köln gegen den Versuch der Lohnkürzung bei Busfahrern 1994

Druck von der Basis

Um faule Kompromisse zu ver-hindern, muß der ÖTV-Vorstand Druck von der Basis bekommen. Dazu reicht keine allgemeine Unzufriedenheit wie beim Streik 1992. Die aktiven, kritischen Kolleginnen sollten sich zusam-menschließen, am besten in ei-nem bundesweiten Netzwerk.

Der Auftakt dafür könnte die diesjährige Tarifrunde sein. Akti-visten sollten sich jetzt vorberei-ten und Diskussionen unter Kol-legInnen darüber anstoßen, wie der Kampf geführt werden und ein Ausverkauf verhindert werden kann.

Die nächsten Treffen der SAV:
Dienstag, 2. 5., 19.30 Uhr,
Bürgerzentrum Alte Feuerwache,
Melchiorstraße, Raum: Offener
Treff (Nähe U-Bahn Ebertplatz)
Dienstag, 9. 5., 19.30 Uhr,
gleicher Ort

Kontakt über: SAV, Hansaring 4,
50670 Köln, Tel. (02 21) 13 45
04, Fax (02 21) 13 72 80

Infos: Tel. 02 21 / 13 45 04, Fax 02 21 / 13 72 80

Sozialistische Alternative VORAN SAV

Die soziale Komponente muß mit den geforderten Festgeldbeträgen beziffert werden! Dazu ist es notwendig, daß sich Aktivisten überbetrieblich zusammentun und organisiert Druck auf die Verhandlungsführung ausüben.

Die öffentlichen Arbeitgeber drohen der ÖTV mit Privatisierung im Fall eines zu hohen Abschlusses. Aber erstens machen niedrige Löhne Privatisierung erst recht attraktiv. Zweitens könnten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Privatisierungen durch Kampfmaßnahmen verhindern. Dabei könnten sie die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung bekommen. Denn neben den Beschäftigten sind die Verbraucher Opfer von Privatisierung.

Die SPD hat die Mehrheit in Ländern und Großstädten und ist damit ausschlagend im Lager der öffentlichen Arbeitgeber. Die SPD hat in den Tarifrunden im öffentlichen Dienst immer eine Front mit der CDU gegen die ÖTV gebildet. Inzwischen überholen SPD-Regierungen die CDU zuweilen in ihren Angriffen auf die Staatsbediensteten. So lief der Versuch die Löhne der BusfahrerInnen in Nordrhein-Westfalen um 30 Prozent zu senken unter Führung eines SPD-Oberstadtdirektors. Die ÖTV muß den Kampf für höhere Löhne in die SPD tragen. Besonders in Nordrhein-Westfalen bietet sich wegen der Landtagswahl mitten in der Tarifrunde eine enorm gute Möglichkeit, zumal NRW II mit 250 000 Mitgliedern der stärkste ÖTV-Bezirk ist. Die SPD verdankt hier ihre absolute Mehrheit nicht zuletzt den Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Die ÖTV darf nicht zulassen, daß die SPD mit Sprüchen über soziale Gerechtigkeit auf Stimmenfang geht und gleichzeitig Lohnraub an ihren Wählern begeht. SPD-Versammlungen und Wahlveranstaltungen müssen genutzt werden, um die Tarifauseinandersetzung in die Partei zu tragen und um Opposition gegen die SPD-Führung zu organisieren.

Leere Kassen?

Hauptargument gegen die Forderung der ÖTV sind die leeren Kassen der öffentlichen Haushalte. Wenn es um Steuergeschenke für die Unternehmer geht, spielt dieses Argument keine Rolle. 1996 werden den Unternehmern 5,9 Milliarden DM Gewerbesteuer geschenkt. Unternehmer, die im Osten abzocken, bekommen weitere Steuererleichterungen. Trotz beispielloser Gewinnexplosion machen die Gewinnsteuern nur noch 10 Prozent des Gesamtsteueraufkommens aus. Während die Banken und Konzerne immer weniger Steuern bezahlen, rauben sie die Steuergelder der Lohnsteuerzahler und Verbraucher aus den Staatskassen. 170 Milliarden DM Zinsen schmeißen ihnen Bund, Länder und Gemeinder jährlich in den Rachen. Damit nicht genug. Jetzt bekommen sie durch die Privatisierung profitable öffentliche Betriebe hinterhergeschmissen.

Öffentlicher Dienst unproduktiv?

Angeblich rechtfertigt eine niedrige Produktivität eine schlechtere Bezahlung im öffentlichen Dienst. Doch die einzigen, die nicht produktiv sind, sind die Minister, Staatssekretäre und hohen Beamten! Gerade sie sind es, die von ihrem Schmarotzerdasein ablenken indem sie die Nerven- und Knochenarbeit der KrankpflegerInnen, ErzieherInnen, Müllarbeiter, Putzfrauen, Verwaltungsangestellten und BusfahrerInnen abqualifizieren. In den wenigsten Bereichen des öffentlichen Dienstes kann die Arbeitsproduktivität ähnlich wie in der Industrie in Zahlen gemessen werden. Fest steht aber, daß es bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten in den unteren und mittleren Bereichen in den letzten Jahren durch Personalabbau eine enorme Leistungsverdichtung gegeben hat. In den Kindergärten und Schulen wurden die Gruppen- bzw. Klassenstärken erhöht, ohne daß mehr ErzieherInnen und LehrerInnen eingestellt wurden.



Werde Mitglied der SAV!

ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.

ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir setzen uns mit Dir in Verbindung und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Einschicken an:
Sozialistische Alternative VORAN,
Hansaring 4, 50670 Köln
Infotelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80